Erscheint alle 14 Tage Mittwochs. Bez.-Preis: Sonntag.
Monats-Abonnement 0,30 Goldmark.
Anzeigenpreis: 1 mitgeteilter Textzeile (Stahlbreite, unbegrenzt) 0,30 Goldmark. Geschäftsstelle: Nürnberg die Hütte.

Der Schuhmacher

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher
und Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Verantwortlicher Redakteur: Otto Kreßlich, Nürnberg. Druckpr.-Anschl. 409. Verlagsb. u. Redakt.: Nürnberg 1, Obermunderstraße 1, 1. Zahlungen: Postscheckkonto: 20000 Expedition „Der Schuhmacher" Nbg.

Nummer 46 (51. u. 52. Woche) | Nürnberg, den 26. Dezember 1923 | 37. Jahrgang

Wir wollen!

So mag das alte Jahr vergrollen
Im uferlosen Meer der Zeit!
Wir sind zu neuem Kampf bereit,
Bis wir erreichen, was wir wollen.

Wir wollen Licht und Freude trinken.
Wir wollen, daß kein Mensch entbehrt.
Wir wollen, was man uns verwehrt,
Um nicht im Elend zu versinken.

Wir wollen nicht im Schatten leben.
Wir wollen keine Knechte sein.
Wir wollen in den Sonnenschein
Die Seele und die Arbeit heben.

Wir wollen jeden Funken wollen,
Daß er die Finsternis erhellt
Und zündend in die Herzen fällt,
Die noch in Furcht und Irrtum stocken.

Drum müssen wir beharrlich ringen,
Denn kühn und zäh ist noch der Feind.
Sind wir in eine Front gereiht,
Dann werden wir ihn niederzwingen.

Im neuen Jahr, das wir beginnen,
Sei jedermann zur Tat entflammt.
Heran, ihr Brüder allesamt,
Wir müssen unser Ziel gewinnen!

Viktor Kalinowski.

Gegen das rückschrittliche Arbeitszeitgesetz

Unter den rhetorischen Manövern, mit denen Stresemann seine Innenpolitik verteidigte, kehrte auch die Behauptung wieder, daß die Wiederaufrichtung der Wirtschaft stark von der Neuregelung der Arbeitszeit abhängig sei. Diese Behauptung ist ein Argument von innerer Unwahrhaftigkeit; es ist sonderbar, daß sie von Politikern, die es besser wissen sollten, immer wiederholt wird. Diejenigen, die, ohne ernstlich nachzudenken, wirklich glauben, daß eine Arbeitszeitverlängerung tatsächlich die Wirtschaftsnot beheben könnte, würden wieder einmal eine arge Enttäuschung erleben, wenn es nach ihren Wünschen ginge.

Mit dem Arbeitszeitgesetz, wie es dem Reichstage vorliegt, werden sowieso der Unternehmer ganz andere Ziele verfolgt. Man beabsichtigt mit diesem Gesetz lediglich eine Durchlöcherung des Achtstundentages aus Profitinteressen. Die Aufscherung im Gesetzentwurf, daß das Prinzip des Achtstundentags aufrecht erhalten werden soll, ist lediglich eine Schaufensterauslage, sie ist eine Bemäntelung seiner tatsächlichen Abschaffung, die durch die übrigen Bestimmungen herbeigeführt werden soll. Dieses Gesetz würde nicht einen Weg bedeuten aus der Wirtschaftsnot, es würde vielmehr den Millionen bereits Arbeitsloser neue Scharen hinzufügen.

In letzter Stunde hat der Afa-Bund beim Reichstage eine gut durchdachte und wohl begründete Denkschrift eingebracht, in welcher unter anderem folgendes gesagt wird:

„Der Afa-Bund wendet sich mit Entschiedenheit gegen die Absicht der Reichsregierung, dem fortgesetzten Drängen der Unternehmer folgend, den Achtstundentag praktisch zu beseitigen. Es handelt sich bei diesem Bestreben der Unternehmer in Wahrheit darum, unbezahlte Mehrarbeit zu verlangen.

Im Gesetzentwurf über die Arbeitszeit wird zwar im § 1 der Grundsatz des Achtstundentages ausgesprochen, begegen enthalten die folgenden Paragraphen eine solche Fülle von Ausnahmevorschriften, daß damit der Achtstundentag praktisch verschwinden würde. Insbesondere wird für ganze Gewerbezweige oder Arbeitnehmergruppen der Begriff der „Arbeitsbereitschaft" eingeführt und hierfür eine überhaupt nicht begrenzte Verlängerung der Arbeitszeit zugelassen. Ferner werden behördliche Stellen ermächtigt, auf Antrag des Unternehmers an Stelle des Achtstundentages den Zehnstundentag zu setzen, der obendrein noch in Form von Ueberstunden überschritten werden darf. Sogar die Schupbestimmungen für Frauen und Kinder sollen auf Antrag des Unternehmers beseitigt werden.

Die Einführung des Zehnstundentages kann keine Gesundung und Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft bringen. Verlängert Deutschland seine Arbeitszeit, so wird die Folge davon sein, daß das Ausland dasselbe tut. Die Geschädigten sind die Angestellten und Arbeiter aller Länder, Nutznießer ist das internationale Kapital.

Die deutsche Wirtschaft kann nicht geordnet werden durch eine stärkere Ausnutzung der Arbeitskraft zugunsten des Kapitals; sie kann vielmehr nur gesunden, wenn endlich das deutsche Kapital zur Tragung der Lasten herangezogen wird, die sich aus dem Kriege und der verfehlten Finanz- und Wirtschaftspolitik nach dem Kriege ergeben.

Der Afa-Bund lehnt den Arbeitszeitgesetzentwurf ab und fordert: Schutz der deutschen Arbeitskraft, Schutz des deutschen Volkes vor der Ausbeutung durch das Kapital."

Die Geschäftsstockung in der Schuhindustrie.

Die monatliche Arbeitslosenzählung für Oktober in unserem Verband, anfangend am 27. Oktober, erstreckte sich auf 85 289 Verbandsmitglieder, während leider wieder aus 113 Zahlstellen mit 22 488 Mitgliedern der Bericht fehlte. Gänzlich arbeitslos waren in den Berichtsorten 19 513 Mitglieder (gegen nur 6182 im Vormonat) und in einer Woche einen Arbeitsausfall von 117 078 Arbeitstagen entspricht. Mit der Mitgliederzahl in Besetzung gesetzt, waren am Stichtage 22,9 Prozent völlig arbeitslos. Unter Kurzarbeit standen in 701 Betrieben 64 731 Personen (gegen 56 330 im Vormonat). In den vom Bericht erfaßten Orten sind danach nur nach etwa 1000 Personen weniger beschäftigt gewesen! Für 20 430 Personen war die Arbeitszeit um 25 Stunden in der Woche und mehr verkürzt, so daß diese Personen einkommensfällig in der Woche nur noch 22 Stunden arbeiten.

468 Betriebe mit 6769 männlichen und 6108 weiblichen Beschäftigten werden aus den Berichtsorten als gänzlich stillgelegt angegeben. Also ein ganz ansehnlicher Prozentsatz der u. 1500 deutschen Schuhfabriken hat den Betrieb schon gänzlich eingestellt.

Zum Vergleiche, wie sich das Beschäftigungsverhältnis seit anfang September verschlechtert hat, sei das Ergebnis einer damaligen Umfrage der Schuhfabrikanten (Lederschuhbranche) hierhergesetzt:

Die „Schuhfabrikanten-Zeitung", das Organ des Verbandes der Schuhfabrikanten brachte in ihrer Nummer 41 das Ergebnis einer Rundfrage vom 8. September 1923 über Betriebsstillegungen, welches die Situation grell beleuchtet. Von 561 Schuhfabriken waren damals schon 132 Betriebe mit 8059 Beschäftigten ganz stillgelegt, weitere 57 Betriebe hatten Betriebseinschränkung vorgesehen. Die noch weiter arbeitenden 449 Betriebe hatten bereits 2021 Arbeiter entlassen. Bei voller Arbeitszeit arbeiteten nur 55 Betriebe mit 5,795 Arbeitern oder 8,03 Prozent der ermittelten Gesamtarbeiterzahl von 71,744. Für 394 Betriebe mit 57,890 Arbeitern bestand Kurzarbeit, die sich wie folgt verteilte. Es arbeiteten verkürzt:

	Betriebe:	Arbeiter:	Gesamtarbeiterstunden
unter 47—42 Stunden	10	1079	441
„ 42—38 „	24	3487	961,8
„ 38—34 „	41	3927	1063,8
„ 34—30 „	68	15553	2155,4
„ 30—26 „	11	1264	297,8
„ 26—22 „	190	24708	4806,7
„ 22—18 „	20	4195	3847
„ 18—14 „	27	3051	434,6
„ 14 „	13	626	99,8

Die Zahl der geordneten Betrieben in den verkürzt arbeitenden Betrieben in der Woche vom 3. bis 8. September 1923 betrug demnach nur 13,903,4, während sie auf Grund der Arbeiterzahl bei voller Arbeitszeit 2,720,830 betragen haben mußte. Der Verlust daher demnach in jener Woche 2,706,920 Stunden oder 57,594 Arbeitslohnwochen betragen.

Und nun, Ende Oktober, ist es in unserem Berufe ganz Schluß mit der Vollarbeit. Es arbeiteten verkürzt bei 8 Stunden pro Woche 4003 Personen, um 9—16 Stunden pro Woche 10 077 Personen, um 17—24 Stunden pro Woche 29 321 Personen und 25 und mehr Stunden pro Woche 20,438 Personen. In mittlerer Berechnung darf man bei diesen Kurzarbeitern insgesamt einen Arbeitsausfall von etwa 1 467 349 Stunden pro Woche annehmen. Das entspricht anderes ausgedrückt, einer Arbeitszeitsumme von 31 220 Arbeitswochen, zu welcher Zahl noch die 19 513 ausfallenden Arbeitswochen der gänzlich Arbeitslosen hinzuzurechnen sind. In Birmasens waren im Oktober 30 000 Arbeitslose vorhanden, zum allergrößten Teile aus dem Schuhmacherberuf.

Ist es nicht ein skandalöser Widerspruch, angesichts solcher Feststellungen einer Verlängerung der Arbeitszeit auf 10 Stunden das Wort zu reden, wie es von verschiedener Seite geschieht?

Arbeitslosigkeit im November.

Die Geschäftstätigkeit in der Schuhindustrie war im November kaum etwas abgeschwächt, wenn auch von einzelnen Orten eine gewisse Besserung der Produktionsziffer gemeldet werden konnte. Wesentlich weise hat bezüglich in der Berliner Hausschuhindustrie eine Wiederaufnahme der Arbeit durchführen werden können, während an andern Plätzen der Schuhindustrie zu weiteren Einschränkungen gekommen worden ist. An Allm lange die Fabriken gänzlich ganz still, auch in einer ganzen Reihe anderer Orte. In Nürnberg ist in dem bedeutsamen Betriebe zur Entlassung von zirka 300 Arbeitern geschritten worden. In Pirmasens sind noch Stillegungen 399 Betriebe mit 9712 Arbeitern, Vorbelschätzt sind nur 9 Betriebe mit 847 Arbeitern, während in 6 Betrieben mit 8053 Arbeitern Kurzarbeit eingeführt ist. — Das Traubenl. der Arbeitslosenzählung vom 24. November verzeichnet in 159 Berichtsorten mit insgesamt 72,597 Mitgliedern 16,472 Arbeitslose und 48,304 Teilarbeitslose. Ein Vergleich mit dem Vormonat Oktober bietet folgende Aufstellung, wobei zu beachten ist, daß den Teilarbeitern eine größere Bedeutung zukommt, weil die Berichterstattung der Zahlstellen seine Gemeinstellen ist. Tiefstand sind von den bedeutsameren Berichtsorten von der Bearbeitung nicht erfaßt die Zahlstellen Augsburg, Eisenach, Oberamtsbezirk, Hamburg, Köln, Magdeburg, Stuttgart und Wermelskirchen.) Unsere Arbeitslosenstatistik ermittelte:

	am 27. Oktober Überhaupt	ganz	am 24. November wohl	überhaupt
Arbeitslose	19 513	10 088	6 446	16 472
Kurzarbeiter	64 731	29 383	22 922	48 304
einbezogene Mitglieder	86 200	36 414	34 173	72 587
Arbeitslose in %	22,9	28,4	18,9	22,6 (Monat vor 0,2%)
Kurzarbeiter in %	75,0	80,7	67,1	66,5 (Monat vor 2,7%)
Gesamtmitglieder	107 777	86 560	86 086	106 446

Ueber den Umfang und die Verkürzung der Kurzarbeit im einzelnen unterrichtet folgende Aufstellung. Die wöchentliche Arbeitszeit war jeweilig in der letzten Monatswoche wie folgt:

	im Oktober in Berichtsorten	für Personen	% Satz	im November in Berichtsorten	für Personen	% Satz
von 1—8 Stunden	79	4 998	7,9	100	4 280	8,8
von 9—16 Stunden	88	10 077	15,6	139	6 600	7,5
von 17—24 Stunden	298	29 321	45,3	268	22 962	46,5
von 25 und mehr Stunden	216	20 438	31,5	248	17 464	35,4
Insgesamt	701	64 731	100	753	48 306	100

Im Oktober wie auch im November ist bezüglich für die Wiedergabe der Arbeiter eine Arbeitsbeschränkung um 17—24 Stunden pro Woche vorgenommen worden, etwa ein Drittel der Arbeiterschaft mußte sich eine Arbeitszeitverkürzung von 25 und mehr Stunden pro Woche gefallen lassen, das sind etwa 17 Stunden, das heißt von gelegten 23 Stunden zusammenfällt.

Zum Währungsproblem.

Die Währungsfragen stehen im Vordergrunde finanzpolitischer Erörterungen, wobei das Verhältnis zwischen Rentenmark und Papiermark viel besprochen wird. Reichswährungskommissar Schacht äußerte sich dahin, daß der Druck der Rentenmark im Laufe des Monats Dezember ganz beendet sein werde und daß mit ihrem Eindringen in den Verkehr durch Eintausch mit Papiermark diese letztere sich verknappen und so deren Entwertung entgegengewirkt werde. Um aber die Papiermark in ein festes Verhältnis zu einem anderen Zahlungsmittel oder Wertpapier zu bringen, müsse die Entwicklung noch weiter vorschreiten. Gegenwärtig liege keine Veranlassung vor, den Charakter der Reichsmark als gesetzliches Zahlungsmittel zu ändern, während gleichzeitig die Rentenmark in ihrer starken goldhypothekarischen Fundierung als innerwirtschaftliches Zahlungsmittel bis zur endgültigen Lösung des deutschen Währungsproblems ihre Bedeutung behalten werde. Inzwischen würden die Bemühungen um Errichtung einer Goldkreditbank zur Beschaffung von Goldkrediten fortgesetzt.

Der Währungsplan geht bekanntlich dahin, daß das Reich mit einem ihm zur Verfügung gestellten Betrage von 300 Millionen Rentenmark seine bei der Reichsbank aufgenommene Schwebende Schuld abdeckt. Das heißt: gegen Ausgabe von Rentenmark soll die Papiermark von der Reichsbank hereingenommen werden. Nun würde ein Betrag von 300 Millionen Rentenmark bei dem jetzigen Kurse — 1 Rentenmark gleich eine Billion Papiermark — mehr als ausreichend sein, sämtliches umlaufende Papiergeld aufzukaufen. (Der Notenumlauf der Reichsbank war in der letzten Zeit sogar geringer, als die sich auf 191 Trillionen Mark belaufende schwebende Schuld des Reichs.)

Dieser Weg soll aber nicht beschritten werden. Nach den Ausführungen des Vizepräsidenten der Reichsbank, v. Glasenapp, ist beabsichtigt, daß der Papiermark wieder zu Ehren gebracht und gefestigt wird. Jenen Erdes läuft das neue Währungsinstrument darauf hinaus, daß der gesamte nicht goldgedeckte Geldumlauf (einschließlich der Rentenmark) durch automatische Umwandlung in Goldpfandbriefe ersetzt werden. Die Rentenmark soll in diesem Verfahren aufgehen wird. Die Rentenmark soll in diesem Verfahren bekanntlich gegen zinstragende Goldrentenbriefe umgetauscht werden.

Die Währungsumstellung hat bisher schon durch die verhältnismäßigen Ausgabe für die Goldanleihe die Zahlungsmittel vermehrt, in schwerste Bedrängnis gebracht. Sobald die Papiermark neben Vertrauen einbrechen wird, setzeres fast ausnahmslos entweder ins Ausland oder in die Sparkassen der Produzenten wandern, wie die Erfahrung jetzt gelehrt hat.

In der letzten Zeit hat man den Arbeitern von kapitalistischer Seite immer einzureden versucht, die Papiermark dürfe in keinem Ausmaße nicht durch übertriebene Lohnforderungen die Bewertung der Rentenmark zum Bedenken bringen. Das ist nichts weiter, als ein plumpes Manöver, die Arbeiterschaft zu pressen, denn vorher hatten bekanntlich Kapitalisten ihre Preise, die Preise die Wochenlohnsätze gleichfalls von Wochenlohn gewöhnlich nach dem jeweiligen und international geltenden Devisenkurs berechnet. Man sollte deshalb solche Täuschungsmanöver unterlassen. Man sollte nicht von der Gefahr der neuen Aufblähung auch der Goldmark reden, wenn man selbst die Vorbedingungen dafür schafft. Die neue Inflation ist schon längst Tatsache. Man braucht nur die Unmasse von ausländischer Kaufkraft in Betracht zu ziehen, die durch die Herauftreibung der Devisenkurse, Industrieunternehmungen usw. aufgekauft werden ist. Allerdings: Für die Waren weit höhere Preise als in der Vorkriegszeit, bei den Löhnen aber eine viel niedrigere Bezahlung", das wäre das Ideal mancher Kapitalisten, wenn es auch das Unvernünftigste von der Welt ist.

Die Probe auf Exempel hat man ja jetzt erlebt. Als mit einem Male der Notenkurs Hand der Mark unter die amtliche Berliner Notierung sank, da bedurfte es mancher Mühe, um die Preise im gleichen Verhältnis abzubauen. Darüber war die Auffassung der Finanzkreise sehr bezeichnend, daß eine Herabsetzung des amtlichen Dollarkurses auch ein Fallen der Rentenmark bedeuten würde. Als ob nicht auch fortlaufend im gleichen Verhältnis ein Aufwärtsbewegen der Preise möglich wäre! Aber jetzt war es einmal umgekehrt: Jetzt fühlten sich dieselben bedrückt, die Goldanleihe und Rentenmark geschaffen hatten!

Wahrlich hierzu, solange wir eine Barzahlungsfirma haben, werden sich immer wieder Unzulänglichkeiten ergeben. Unzulänglichkeiten, die in den meisten Fällen auf die Lohn- und Gehaltsempfänger abzuwälzen sind. Eine wirkliche Lösung der Währungs- und Valutafrage ist nur möglich, wenn wieder ein Einheitsgeld geschaffen wird. Dazu kann nur gelangen, wenn die in der deutschen Wirtschaft vorhandene Goldbedeckung für die Schaffung einer wirklichen Goldwährung herangezogen wird.

Der unbequeme Preisabbau.

Dieselben Kreise, die in diesen Tagen auf den Preisabbau „unerhörte Gestaltungen kennen, sind wieder einmal sehr entsetzlich worden, denn gar zu bald ist ein Abbrechen im Preisabbau eingetreten. Die Kaufleute und Händlerkreise, die die Warenpreise (Stoffpreise) und das Papiergeld, die Lohnpreis- und Stückpreise und noch mehr der Warenpreise hinaufgetrieben hatten, haben so lange die gewaltige Kaufkraft schaffen, der Einführung des sogenannten niedrigeren Zinsgesetzes der Devisen sei die Hauptschuld an dieser Kaufkraftlinie beizumessen. Als heute aber aus dem Ausland fremde Warenkraft gemeldet wurden, die zum Teil unter der amtlichen Berliner Notierung Devisen bei uns hereinkamen, da begann der Preis mit der steigenden Kaufkraft, wie man sie feierlich erklärte, abzusinken. Die ofe ältere Kaufpyramide, die man auf die Warenpreise aufgeschichtet hatte, heute in den letzten Tagen etwas mit Mühe zu tun: Sie verberg meistens den unanständigen Gewinn.

Der Preisabbau, der vorerst nicht auf alle Artikel eintreten, erzielte seinen Anfang bei der Senkung des Warenpreises in Amerika von 7,7 auf 4,1 Milliarden Papiermark (zurzeit steht in Amerika der Dollar nur auf 3,7 Milliarden). Im gleichen Verhältnis hätten nun eigentlich die Warenpreise hierzulande heruntergehen müssen. Bei einer genauen Umsicht von Artikeln ist noch nicht einmal das erreicht: sonst gerechtfertigt, denn jedenfalls die Artikel, die im Preisangebot Mittel Stoffe hergestellt haben, haben sich die Grundpreise der meisten Waren auch dann noch über dem Friedenspreis stehen.

Gegen die Nichtherabsetzung der Friedenspreise im Groß- und Einzelhandel hat das Reichswirtschaftsministerium sich in einer Denkschrift an die Behörden gewandt. Es in Berlin, daß bei der Berichterstattung der zuständigen über den Wiederaufbau der Friedenspreise folgendes Verhältnis ausfindmachen. Ursprunge dieses unerwünschten Preises liegen die in Deutschland vorhandenen „gestellten" Waren, wie die Wiederaufbau-Zwangswirtschaft, das Kartell-Ihre wirtschaftlich, landwirtschaftlicher Grundstücke klarg, den Arbeitsverhältnis, sowie die Zahlung geringerer Löhne und Gehälter. — Unbedingt notwendig ist es, die Kartellstellen- und Handelsgesetze einer gründlichen Prüfung und bewertungsgerechten einzelnen Kosten in unregelmäßigen Preisbestimmungen sowie auch Kreuzzüge politisch zu verfolgen.

Das Reichswirtschaftsministerium lehnt die von vielen (auch von uns) verlangten Richtpreise unter Berufung auf die Abhängigkeit Deutschlands vom Weltmarkte ab. Im Weltmarkte ist eine „feste" Zuordnung zu beobachten, die für die deutsche Preisbildung unmöglich ist. Gerade heute, als die deutsche Wirtschaft mit besonderen verneinenden Faktoren, z. B. Einführung von Erzeugnissen einzelner Firmen, die die einzigsuperiter Umsatzkurve, erhöhte Leistungen für soziale Versicherung, Belastung der Wirtschaft durch Steuerlast, erhöhte Zinsätze, Verteuerung der Frachten und Zölle und Ausnahmetarifen usw. zu rechnen hat. Zum Schluß aber ist bereits genannten: verhältnismäßige Momente berücksichtigt, unter anderem die große Differenz zwischen Gold-

lähnen des Inlands und des Auslands. Das Reichswirtschaftsministerium sowie das Statistische Amt haben Berichterstatter von 1913 der Verzeichnisse angeboten und sich, obgleich von manchen Wären, nicht einer erreichen lassen wird, solange das Weltmarktpreisniveau seine jetzige Höhe hat.

Dieser Tage beschäftigte sich auch der Bayerische Industrieverband in einem längeren Artikel mit der Frage des Preisabbaus. Der Verband warnt zunächst davor, den freien Markt von diesem bayerischen Preisabbau vorzuschreiben, während alle Anzeichen dagegen sprechen. Es wird empfohlen, das auch die Behörden den Preisabbau bei Fleischen, Holzsorten usw. energisch in die Hand nehmen sollten. Was die Löhne anbetreffe, so haben die industriellen Löhnlinie nach der Meinung des Verbandes die Lebenshöhe erreicht, in Bereich Abrüstertreten.

Diese sonnige banchöhnische Behauptung widerspricht so sehr den Tatsachen, daß sie zu beweisen den Unternehmern nie gelingen dürfte. Liegt für das Zurückbleiben der Löhne doch genug, leider auch amtliches Material vor. Auch der Warnung vor zu großen Hoffnungen gegen den Preisabbau, die auch in den Ausführungen des Reichswirtschaftsministeriums liegt, sollte die Kontrolleure gezogen werden, endlich damit anzufangen, den Arbeitslohn zu drücken. Wenn das Preisniveau von 1913 der Vergangenheit angehört, dann sollte auch gesagt werden, die Lücke zwischen Lohn- und Gehaltsempfängern an das Niveau von heute herangebracht.

Tariflohn und Lebenshaltungsindex.

Es ist in dieser Blatte nie die Auffassung vertreten worden, daß etwa die Goldmarkentlohnung (Entlohnung in Papiermark nach dem Kurs der Ersatzwährung) der Arbeiterschaft das bietet, was sie von ihr zu erwarten glaubt. Auch in der damaligen Lohnverhandlung, in der man schließlich auf der Basis des Goldlohns zu einem Kompromiß gelangte, hatte die Forderung der Arbeiter ursprünglich gelautet: „Lohnberechnung auf der Basis des Index, ausgerichtet im gleichen Verhältnis, wie lediglich bis zur Auszahlung für den Proletarier Reichsgeld.“ Die Unternehmer wollten sich aber auf eine solche Regelung durchaus nicht einlassen.

Abgesehen davon, daß eine allgemeine Umstellung auch der Löhne auf Goldbasis einmal kommen mußte, wird man daran festzuhalten haben, daß der Lohn in seiner Entwicklung mit den tatsächlichen Lebenshaltungskosten Schritt halten muß. Der Lohn muß ausreichen, soll die Lebensbedürftigkeit befriedigen; nach den Lebensbedürfnissen wird sich alle Berufe letzten Endes, soll er gerecht bemessen sein, immer wieder zu richten haben.

Ein gewisses Spielgebiet der Schwankungen in den Kosten der Lebensbedürfnisse soll der Reichsindex bieten. Von unserer Seite ist immer betont worden, daß die Reichsindexziffer nur als primitiver Maßstab der Lebenshaltungskosten zu anzusehen ist, daß sie Unzulänglichkeiten bietet, die noch ergänzt werden müssen, daß es indessenhere unsinnig ist, in der Reichsindexziffer das Existenzminimum zu sehen. Es ist bedauerlich, daß der Arbeiterschaft immer eine bestimmte Anzuerkennung der Löhne über den Reichsindex hinaus, je nach den besonderen vorliegenden Umständen, verlangt worden.

Notwendig erscheint es auf jeden Fall, unsere Löhne laufend mit der Reichsindexziffer in Vergleich zu bringen. Einen solchen Vergleich für die letzte Zeit soll nachstehende Tabelle bieten. In der zweiten Spalte der Tabelle sind die tariflichen Zeitlohnsätze eines Arbeiters in Stellung nach der unter wöchentlicher Arbeitszeit eingetreten. In Spalte drei steht der Lebenshaltungsindex, wie er für die betreffende Woche galt, immer 1914 mit „100“ angenommen. In der vierten Spalte ist ersichtlich, wie das wiederlachr unter Tariflohn seit 1914 geteilen ist, wenn man einen Arbeitslohn von 30 Mark zugrunde legt. Der Lebenshaltungsindex von 30 Mark ist in der ebenfalls mit 100 angenommen, aber wie beim Lebenshaltungsindex ist 100 gleich 1 gesetzt, so daß die nachfolgenden Zahlen direkt das Vielfache der Friedenszeit ausdrücken.

Es wird nun eingewendet werden, daß der Mindestlohn im Friedenszeit keine 30 Mark betragen habe. Dem wäre zu entgegnen, daß unterdurchschnittlich heute 30 Zeitmark im Kaufwert noch nicht 20 Friedensmark gleichkommen sind. Es kommt auch hinzu, daß hier eine Reihe Feiertagen an. Man wird auch den Einwurf machen, daß in ein gewisser Zeit der Arbeiter im Verhältnis zu dem Tariflohn steht. Das ist nur bedeutsam, es hat indessen auch im Frieden Arbeiter gegeben, die bis zu 50 Mark in der Woche verdient haben, die heute nach der 151fachen Indexziffer einen Verdienst von 75 Millionen 750 Millionen Papiermark haben müßten, ohne indessen im Lohn die Friedensdifferenz zu erreichen.

Auf diese Gebiete sind jedoch die nachfolgenden Betrachtungen nicht abgestellt. Es dreht sich in folgendem vielmehr darum, aufzuzeigen, inwieweit in der letzten Zeit unsere Tarifmarkung, d. h. der Tariflohn mit der Entwicklung der Lebenshaltungsindexziffer in Einklang geblieben ist.

Diese wichtige Frage beantwortet Spalte fünf der nachstehenden Aufstellung, die das relative Verhältnis zwischen Lohnlinie und Lebenshaltungsindexziffer angibt.

Tarif-Zeitraum	Tariflicher Spitzenlohn eines Zeitlohnarbeiters pro Stunde (Papiermark)	Reichsindex der Lebenshaltung Bleiebende der Friedenszeit (1914 : 1 = 100)	Tarifwochen ohne Bleiebende der Friedenszeit (1 = 100)	Tariflohn Bleiebende der Friedenszeit (1914 = 30 = 1)
1914				
1922 ab 1. Juli	270 000	10 100	10 000	27
9. 9.	340 000	20 000	17 000	34
16. – 21. Juli	340 000	21 000	16 200	34
23. – 28.	340 000	21 000	16 200	34
30. 7. – 4. Aug.	1 000 000	71 000	14 000	100
6. – 11. August	1 000 000	140 000	7 100	100
13. – 18.	2 000 000	160 000	12 500	200
20. – 25.	2 000 000	265 000	7 500	200
27. 8. – 1. Sept.	3 000 000	320 000	9 300	300
3. – 8. Sept.	3 000 000	400 000	7 500	300
10. – 15. „	10 000 000	1 000 000	1 000	1 000
17. – 22. „	10 000 000	1 000 000	1 000	1 000
24. – 29. „	10 000 000	1 000 000	1 000	1 000
1. – 6. Okt. „	10 000 000	1 000 000	1 000	1 000
8. – 13. „	20 000 000	1 000 000	2 000	2 000
15. – 20. „	20 000 000	2 000 000	1 000	2 000
22. – 27. „	20 000 000	2 000 000	1 000	2 000
29. 10. – 3. Nov.	50 000 000	4 000 000	1 250	5 000
5. – 10. Nov.	3 000 000 000	5 000 000 000	600	300 000
12. – 17. „	15 000 000 000	20 000 000 000	750	1 500 000
19. – 24. „	15 000 000 000	20 000 000 000	750	1 500 000
26. 11. – 1. Dez.	22 000 000 000	60 000 000 000	366	2 200 000
3. – 8. Dez.	22 000 000 000	60 000 000 000	366	2 200 000
10. – 17. „	60 000 000 000	100 000 000 000	600	6 000 000
	1 250 000 000 000	1 250 000 000 000	1 000	125 000 000

Der Reichslohn für Lebensbedürfnisgroßstädte hat in der letzten Zeit besondere Bedeutung erlangt, nachdem er nicht mehr monatlich nachregelt, sondern jede Woche erhoben wird. Die Presse, wiewohl der Reichslohn selbst vom Existenzminimum entfernt ist, muß über jede Wochenlohnerhöhung berichten, so wird bemerkt, daß relative Verhältnis zwischen Tariflohn und Lohn. Der nachfolgende Tariflohn der letzten Wochen ist je nach dem Dollarpreisfurs vom Donnerstag berechnet, eine Neuberechnung nach dem amtlichen Mittelkurs würde nur eine kleine Abweichung ergeben. Wie aus Spalte fünf ersichtlich ist, hat das Verhältnis längere Zeit stabil, weil eben der Lohn wöchentlich, genau der Steigerung des Lebensindex angepaßt. Aber, eine Veränderung trat sofort mit Anwendung der Dollarpreise ein. In der Woche zum 17. November kommt der damalige gesetzliche Wertfurs zum Ausdruck, gegen den die Lebenshaltungsziffer — am 20. November ermittelt — zurückblieb. Dann aber ging es mit dem Lohn rasend vorwärts. Obwohl in den hier verzeichneten tariflichen Zeitlohnsätzen die Spitzenzeiten Wochenarbeitszeit eingerechnet ist, geht sich im Verhältnis zum Lebenshaltungsindex

ein unerhörter Lohnrückgang!

Der Tariflohn erlebtet um mehr als 50 Prozent zurückgeschraubt! Wie ist diese verhältnismäßige Tatsache zu erklären, nachdem doch gerade in diesen Wochen der Lohn der Lebenshaltungsindexziffer nachgelaufen ist? Die Antwort ist nicht schwer zu finden. Es wird sich hier eben die Tatsache auch dahin auswirken, daß Lebensmittelpreise (Lebensmittelkosten) ihre Dollarpreise dieser Tage rascher gesteigert sind, als die Dollarkurse, daß sie ferner nicht in höherer Stufen als diese, wenn die Dollarkurse zurückgehen.

Die Lohnentwicklung in den letzten Wochen im Verhältnis zu den Lebenskosten ist ein Tatsachenbericht der Tatsache. Das sollten sich die Herren Unternehmer an Herzen nehmen, die sich gegen eine entsprechende Lohnaufbesserung ablehnen möchten, oder die und dem „Nützen“ des Reichsindexes um einige Prozent gar schon abbauen wollen. Es steht außerhalb auch ganz außer Frage, daß die Übergang zum Goldlohn unsere Tariflöhne nicht entsprechend hoch angesetzt werden sind, um den höchsten Stand zu erreichen. Alle Mitteilungen finden nun aber ihren zitternsmäßigen Ausdruck. Um günstigermaßen der Arbeiterschaft gerecht zu werden, die einzelnen Gewerkschaften wieder rechnerisch zu machen, ist demnach eine ganz wesentliche Erhöhung der Tariflöhne erforderlich.

Die Ergebnislosigkeit der Lohnverhandlungen

in Erfurt hat die Arbeiterschaft der Schuhindustrie sehr enttäuscht. Man hatte bei den Fabrikanten mehr Verständnis für die bereitige traurige Lage der Arbeiterschaft vorausgesetzt. Die Entlohnung auf Dollarbasis hätte wohl beseitigen können, wenn nicht in kurzer Zeit die Goldlöhne das Doppelte und Dreifache der Friedenszeit hinaufgesetzt worden wären. Denn es ist klar, daß bei einer Verteuerung der Lebensmittelhalt auf das Doppelte und mehr nicht nur der nominelle Friedenslohn oder gar nur die Hälfte davon zum Lebensunterhalt genügen kann.

Die Lohnunterschiede für den Umrechnung auf Goldmark waren so traurig bemessen, daß sie unbeschreiblich der bei den Akkordarbeitern manches Bejammern hervorgerufen haben. Die Umrechnung der Akkordsätze in Goldpfennige hat Lohnsätze ergeben, die in zahlreichen Fällen denen der Friedenszeit um ein bedeutende gerichten sind, das dürfte jeder Fabrikant aus den Lohnlisten der Arbeiterschaft selbst in Erfahrung gebracht haben. Die Akkordleistung pro Stunde ist also bedeutend erhöht selbst darüber hinaus, was die Arbeitszeitverkürzung von 54 auf 47 Stunden pro Woche ausmacht.

Der Tarifmindestlohn von 40 ₰ in unserer Industrie ist von einer vorigen Reise von Bernsen Ähnlich übert. eitiert worden, selbst auch im Schuhmacherhandwerk. Die 18,84 ₰ Mindestlohn reichen nach den heut gen Verhältnissen nicht mehr aus, denn die Kaufkraft der heutigen Goldmark ist mit jener der Friedensmark noch lange nicht in Parallele zu stellen. Deshalb sollte man nicht schon wieder den gesunkenen Lebensbedürfnisindex heranziehen; nach den Erfahrungen, die mit der letzten Lohnbemessung gemacht sind, sollte erst einmal eine solidere Lohnbasis gefunden werden. Es wäre doch auch nicht einzusehen, warum der Schuhmacherlohn der schließlich im Lohn wieder weit hinter anderen Industrien eingeordnet werden soll.

Nicht nur den Arbeitgebern gegenüber, sondern auch den Auslandsländern gegenüber sind unsere Tariflöhne noch viel zu gering und da die Herren Fabrikanten ihre Ware nach Dollar kalkulieren, sollte auch in dieser Beziehung das richtige Verhältnis hergestellt werden. Der Lohnanteil an den Produktionskosten, auf Friedensrechnung umgeschlüsselt erreicht jedenfalls lange nicht die alte Höhe. Für die Höhe der Schuhpreise wird also die bisherige Lohnentlohnung nicht als der ausschlaggebende Faktor bezeichnet werden können.

Es ist gar nicht zu schildern, wie die Arbeiterfamilien besonders bielenigen, die man schon unter monatelanger Kurzarbeit leiden, seelisch und körperlich zu leiden haben. Werden die Löhne nicht auf eine angemessene Höhe gebracht, dann muß das in nicht langer Zeit zum völligen Verfall der Gesundheit und der Arbeitskraft dieser Berufsfellegen führen.

Man sollte bedenken, was der Arbeiter von seinem Lohn heute alles zu bestreiten hat, was früher gar nicht in Betracht kam. In dem bedeutend erhöhten Kontingent der Invalidenbeitrag ist nun noch der Beitrag für die Erwerbslosenhilfe gekommen. Die Steuern sind früher viel niedriger gewesen als heute. Jetzt sind [illegible] dazu gekommen, daß das Leben, was wir dem ausländischen Arbeiter gegenüber, noch verteuerbetten, sollen soll, man arbeitet auf Friedensmieten hin.

Das alles sind Gründe genug, daß die Unternehmer an eine gründliche Nachprüfung unserer jetzigen Löhne und zur Aufbesserung derselben herangehen sollten. Die von mancher Seite immer wieder vorgebrachte Berufung auf andere noch schlechtere Lohnverhältnisse sind nicht stichhaltig. Denn dort wo tatsächlich noch niedrigere Löhne bezahlt werden, ist eben das Elend noch größer und unverantwortlicher.

Noch keine Entscheidung in der Lohnfrage.

Nachdem die Lohnverhandlungen in Erfurt gescheitert waren, waren die Fabrikantenvertreter auch bei den am 19. Dezember im Reichsarbeitsministerium stattfindenden Verhandlungen zu keinerlei Zugeständnissen zu bewegen. Durch einen auf Antrag der Arbeitnehmervertreter von der Schlichungsstelle des Reichsarbeitsministeriums gestellten Schiedsspruch wurde den Arbeitern mit Wirkung vom 10. Dezember ab ein Tarifmindestlohn auf der Basis von 45 ₰ pro Stunde für einen Arbeiter von über 21 Jahren, im Tarif und Orts-, Alters- und Geschlechtslohnen wie bisher gestaffelt, angeboten. Auch dieser Schiedsspruch wurde von den Arbeitnehmern abgelehnt, worauf von Arbeiterseite die Verbindlichkeitserklärung beschlossen beantragt wurde. Wer nun aber geglaubt hatte, daß Arbeitsministerium würde sich für aber gegen die Verbindlichkeit entscheiden, nachdem doch nach Anhörung der Gründe beider Parteien die Schlichungsstelle ihren Entscheid getroffen hatte, wurde enttäuscht. Der für die Verbindlichkeitserklärung zuständige Regierungsbeamte delegierte trotz des gewiß minimalen Zugeständnisses nochmals den Vermittlungsdienst. Beide Parteien wurden noch einmal befragt, wobei die Unternehmer wiederum jedes Zugeständnis über 40 ₰ hinaus ablehnten. So wird von den Unternehmern die Lage ist für günstigere Position zum Nachteil der Arbeiter unbarmherzig ausgenützt. Der Vermittlungsvorschlag des Regierungsvertreters lautete nun auf 43 ₰ Spitzenlohn, unlieber mit Wirkung vom 17. Dezember und mit Geltung bis 12. Januar 1924. Beide Parteien haben sich bis zum 24. Dezember zu erklären, ob sie den Vermittlungsvorschlag annehmen oder nicht. Die dann zu treffende Entscheidung haben wir alle abzuwarten. Man hat alle Ursache einen Grunzt davon, worauf anscheinend die Tactpolitik der Unternehmer hinauszielen soll. Wir können und aber auch des Eindrucks nicht erwehren, daß die Arbeitgeberkreise (vom Arbeitgeberverbande aufgeschritt), nach der an Arbeitslohn im allgemeinen höchstens zwei Drittel des Arbeitsverdienstes bezahlt werden sollten, im Reichsarbeitsministerium Gehör beachtet wird.

Kürzung der Kurzarbeiterunterstützung.

In der sozialen Altersrente wird angeblich abzubauen. So hat man noch vor Weihnachten durch eine neue Verordnung den Kurzarbeitern eine wesentliche Verschlechterung als Weihnachtsgabe auf den Tisch gelegt. Die neue Verordnung bestimmt:

„Erreichen in vollen Kalendervoche oder Kalendervoche Arbeitnehmer infolge vorübergehender Einstellung oder Beschränkung der Arbeit die in ihrer Arbeitsfähigkeit ohne Ueberarbeit übliche Zahl von Arbeitsstunden nicht und erreichen sie bestenfalls weniger als zwei Drittel (bisher fünf Sechstel) ihres vollen Arbeitsverdienstes, so erhalten sie 40 Prozent des Unterschiedes zwischen ihrem Arbeitsverdienst und zwei Drittel (bisher fünf Sechstel) des vollen Verdienstes als Kurzarbeiterunterstützung. Die Kurzarbeiterunterstützung beträgt für jeden unterhaltsberechtigten Angehörigen um 10 Prozent dieses Unterschiedes, die einheitlichen des Arbeitsverdienstes im Bereich des vollen Verdienstes erreichen sind. Kurzarbeiterunterstützung wird demnach nur bei der Arbeitszeit bis zu 31 Stunden wöchentlich gewährt.

Die Kurzarbeiterunterstützung, die im Einzelfalle bezahlt wird, darf aber nicht höher sein als der Betrag, den der Kurzarbeiter bei voller Vermindertzeit als Erwerbslosenunterstützung erhalten hat. Das Reich hat aber auch bereits den Anfang gemacht, durch Herabsetzung der Erwerbslosenlöhne, die Lasten von den schlimmsten Not Betroffenen die Beihilfe zu führen. Außerdem soll die Arbeitslosen der Notlandsarbeiten gegen Arbeitslohn abgebaut, die Unterstützungsempfänger sollen gezwungen werden, ihre Unterstützung durch Arbeit abzutragen. Die Erwerbslosenfürsorge waren bisher schon äußerst gering. So hat in der vorletzten Woche ein alleinstehender Erwerbslieser aus 4,6 Millionen Mark als Unterstützung erhalten; bei einem Ehepaar betrug die Unterstützung 5,8, bei Ehepaaren mit zwei Kindern 7,6 Millionen Mark. Ohne bezeichnete Unterstützungen in sogenannter Geldmark, 7,6 ausgedrückt, hat noch nicht den Kaufwert von fünf Mark, womit eine vierköpfige Familie in der Großstadt jeden Tage auskommen soll!

Ausland.

Gegen den Anschluß an Moskau. Wie der „Vorwärts“ meldet, beschloß der Landesvorstand der kommunistischen Partei Norwegens mit 15 gegen 13 Stimmen, den norwegischen Gewerkschaften zu empfehlen, sich vorläufig nicht der Roten Gewerkschaftsinternationale anzuschließen. Dieser überraschende Beschluß einer kommunistischen Partei entspringt zweifellos der praktischen Erwägung, daß mit dem Anschluß an Moskau nichts gewonnen, aber die Verbindung mit der Gewerkschaftsbewegung verloren ist.

An die Verbandsfunktionäre!

Schickt sofort die Quartalsabrechnungen, die dazugehörigen Gelder und die gelben Statistikkarten an den Vorstand nach Nürnberg ein!

Was ists mit dem Achtstundentag?

Durch die bürgerliche Presse gehen Meldungen und leidet eine diplomatische Mitteilung bekannt, daß der Achtstundentag tatsächlich ohne gesetzliche Tatsache bei Arbeitszeitverkürzung im Einzelfalle nicht angenommen, weil demnach die neue gesetzliche Arbeitszeitordnung bei der Arbeitszeit über den 1. November 1923 hinaus nicht verlängert hat, spricht man von einer Gesetzlosigkeit. Das wäre eine Rechtsbruch, Methode für einen Parlamentarisch [illegible] Staat, einen Rechtsstaat und so weiterhin. Am übrigen erklärt man auch schon jetzt, daß Neuland die Zeit bis 48 der Reichsverfassung, ohne daß Neuland selbst zu umgehen.

Jetzt tritt Wilhelm Tarnmann, Chemnitz, Mitglied der Volksbeauftragten, in einer Ausführung der Zeitschrift entgegen, als ob der gesetzliche Zustand [illegible] der unbestimmt bestimmt sei. Er weist darauf hin, daß der gesetzliche Zustand nur auf der großen Verordnung mit Gesetzblatt, die am 12. November 1918 veröffentlicht wurde und die heute das „Uebergangsgesetz“ am 1. März 1919 von der Nationalversammlung einstimmig [illegible] wurden ist, besteht. Die jetzt existierende Zusammenbrechung [illegible] Verordnung [illegible] eine Ausführungsanweisung zu dem Gesetze. Mit ihrem Ablauf sind [illegible] auch die bisher zulässigen Ausnahmebestimmungen [illegible]. Jetzt besteht der lebensnahe Zustand [illegible] als „Maximalarbeitszeit“. Das ist der tatsächliche Zustand und man muß sich nur über die Hinderlichkeit der [illegible] wundern, mit denen diese glauben, den Achtstundentag auf kaltem Wege [illegible] zu können.

Inzwischen ist man am 8. Dezember vom Reichstrage ein [illegible] Antrag angenommen worden, wonach die Wiedereinführung der Demobilmachungsverordnungen [illegible] zum Ermächtigungsgesetz vorgeschlagen Ausführungsbestimmungen [illegible] soll.

Mitteilungen.

Einführung von Goldmarken?

Die Regierung hat für 1. Januar eine Verordnung angekündigt, die bei [illegible] Goldmarkmünzen einzuführen, von denen ein Teil [illegible] Reichsbahnen [illegible] Staate zufließen soll.

Die [illegible] Verordnungen haben [illegible] Reichsbahnen und der Deutsche Reichsbahn haben [illegible] bei [illegible] Verordnungen und [illegible] Regierung bei Reichsmitteilungen [illegible] Protest erhoben.

Lohnsteuer-Ermäßigungs-Abzug.

Der Multiplikator, um welchen die Lohnsteuer-Ermäßigungsfähige am Ende September verwendbar werden, beträgt in der Zeit vom 16. – 30. Te. 659,000. Der Abzug berechnete sich höher wie folgt:

Zeit vom – bis	Multiplikator	Ohne und Zeit in wöchentlich	Jedes Kind monatlich	Versicherungsfreien wöchentlich
		(Tausend Mark)		
16. Sept. bis 30. Sept.	1	17,5	1 152	1 440
		(Millionen Mark)		
30. Okt. bis 3. Nov.	4 000	1 000,4	4 012	8 640
11. Nov. bis 17. Nov.	200 000	51 840	345 600	432 000
25. Nov. bis 1. Dez.	200 000	155 520	806 400	1 036 800
2. Dez. bis 16. Dez.	650 000	466 560	979 200	1 224 000
16. Dez. bis 30. Dez.	650 000	112 320	746 400	936 000

Die einzuziehenden Beträge sind auf volle 10 Milliarden nach unten abzurunden.

Neuerungen im Postwesen.

Der Postscheckverkehr ist nunmehr ab 15. Dezember lediglich auf Rentenmark umgestellt. Habitaten, Ueberweisungen und Schecks müssen auf „Rentenmark“ lauten. Auf den noch vorhandenen alten Formularen ist [illegible] die Bezeichnung „Mark“ durch „Rentenmark“ zu ersetzen. Es ist z. B. zu formulieren: „101 Rentenmark 25 Pfg.“ Die Abzüge der Pfennigbeträge von den Markbeträgen durch einen Bruchstrich z. B. 101,25 Rentenmark, ist nicht gestattet. Die Vorlage in voriger Nummer dieses Blattes für Habitaten bildeten die Neuerungen [illegible]. Es gelten folgende Gebühren: Habitaten bis 25 ₰ 0,10 ₰, bis 50 ₰ 0,20 ₰, bis 100 ₰ bis 250 ₰ 0,40 ₰, bis 500 ₰ 0,60 ₰, bis 750 ₰ 0,80 ₰, bis 1000 ₰ 1,— ₰ usw. für je weitere 250 ₰ 20 ₰ mehr. Ist höchstens 2 ₰. Für Postanweisungen in Rentenmark gibt es neue besondere Formulare.

Briefstellerpreise Pfennigfach.

Der Wochenbeitrag beträgt für Dezember je 100 Millionen Mark. Die Sterbegeldunterstützung beträgt demnach je nach Mitgliedsalter und -Jahre: bis 1 Jahr 10 Millionen Mark, nach 1 Jahr 30 Millionen, nach 2 Jahren 50 Millionen, nach 3 Jahren 70 Millionen, nach 4 Jahren 90 Millionen, nach 7 Jahren 115 Millionen, nach 10 Jahren 150 Millionen, nach 15 Jahren 175 Millionen und nach 20 Jahren 210 Millionen Papiermark. [illegible] des Statuts werden dahingehend geändert.

Für die Verwaltung: A. M. Dinges.

Tarifstöne in Berlin.

Schuh- und Reparaturbranche. Am Donnerstag, 20. 5. Dezember, fand mit den Schuhmacherinnungen Groß-Berlins eine Verzeichnung statt, wobei den Stundenlohn ab 3. Dezember auf 60 Goldpfennig für männliche Reparaturarbeiter und als Akkordbasis für neue Arbeiter und 55 Goldpfennig für weibliche Reparaturarbeiter und als Akkordbasis für Reparaturen zu erhöhen. Für orthopädische und mechanische Arbeiten erhöht ein Zuschlag von 10 Prozent.

Maschinenmacher. Für die Maschinenmacher ist am 12. Dezember durch Verhandlungen beim Demobilmachungskommissar folgende Vereinbarung getroffen worden: Der Mindestlohnsatz für männliche Arbeitnehmer und als Akkordbasis für neue Arbeiten beträgt ab 26. November 60 Goldpfennig, für weibliche Arbeitnehmer und als Akkordbasis für Reparaturen 55 Prozent dieses Satzes. Soweit in der Woche vom 26. November bis 1. Dezember 1923 der Lohn in wertbeständigem Zahlungsmittel in der Auszahlung kam der in dieser Zeit ausgezahlte wertbeständige Betrag mit einer Aufwertung von 10 Prozent in Rechnung gebracht werden.

Schäftemacher. Der Lohn der Schäftemacher regelt sich analog der vorstehenden Sätze mit der Maßgabe, daß die weiblichen Arbeiter 50 Prozent des Lohnes der Männer erhalten.

Mitteilungen.

Die jährliche Hauptversammlung unserer Zahlstelle findet am 6. Januar 1924 statt.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes

Vom 23. Dez. bis 29. Dez. ist der **52.** Beitrag fällig

Perfekter Good.-Doppler (D.V.S.G.)
zu sofortigem Antritt gesucht. Angebote unter Chiffre Nr. 1 an Rudolf Mosse A.-G., Dresden-A. 19, Augsburgerstraße 16.

Tüchtiger älterer Schäftemacher
in allen Fächern gut vertraut, vielseitig im Modellieren, findet angenehme Dauerstellung. Ob kommen nur absolut erste Kräfte in Betracht. Eilige Bewerbungen unter Chiffre mit Angabe des Alters und bisherigen Tätigkeit an Max Schneider, Sportschuhwerk, Würzburg (Bayern).

Tüchtiger Zwicker
für Marian u. Gold (Material)
Stabiliere auf mittlere und feinere Ware. Interessenten wollen sofort gefl. unter „Zwicker“ Bedingung Dingemann & Co., Cöln, Blesch Herrenhof 30.

Bücher, Winkel, Zirkel, Messer
z. Modell. Liste 9 gegen Rückporto
H. Franke, Artern 17.

E. Vögtle, Berlin N. 54
Rothringer Straße 83
Generalvertretung der Firma Jodamed bei Schuhe, Einlagen, für Berlin, Brandenburg, Pommern und Mecklenburg.
Amtliche Verkaufsstelle für Kand.-u. medkan. Artikel.
Spez. Gute Schweizer Melker, Marke „Lamm“.
Spezialverkäufer für Bettfachgeschäft. — Höchstleistung Rabatt Kommerz.

Die herzlichsten Glückwünsche
senden wir allen Kollegen den Bevollmächtigten und Mitarbeitern auf diesem Wege. — Möge das Jahr 1924 uns ein freundlicheres Gesicht zeigen, als das verflossene es getan, und allen viel Gutes bringen. Auch im neuen Jahre wollen wir zusammenstehen, / / /